

Blättern des Bundes wird als sein Ziel die Teilnahme am Befreiungskampf der Arbeiter, dessen möglichst wirksame Führung sein Hauptzweck ist, proklamiert. Auf Grund eines dieser Flugblätter mußte er sich von der Alkoholausschließung, der Ausstellung für Wohlfahrtsanstalten, die vom Reichsamt des Innern veranstaltet worden ist, zurückziehen, da man das Flugblatt seines sozialdemokratischen Inhalts wegen dort nicht dulden wollte. Ich habe 8. B. in einer Anzahl Versammlungen im Kieler Kreise zunächst über die Reichsfinanzreform und dann über die Alkoholfrage referiert. Also wir sind einfach Sozialdemokraten, und von diesem Standpunkt aus erkennen wir die Pflicht, den Alkoholismus mit allen Kräften zu bekämpfen. Es sind auch alle Richtungen der Partei bei uns vertreten, von Neus bis Gänisch, und es geht sehr friedlich bei uns zu. Wenn Sie also alle dem Arbeiter-Abstinenzbunde angehören würden, dann hätten wir auch mehr Frieden auf den Parteitag. (Geisterkeit.) Vielfach werden von unserem Bunde, dessen Mitglieder fast alle zu allen Leistungen der Arbeiterbewegung stark herangezogen sind, die Kosten getragen für Agitationen, die Sache der Gesamtpartei sind. Die Parteisekretäre, namentlich aus den östlichen Provinzen, werden das bestmögliche. Ich bin auch überzeugt, daß der Parteivorstand aus dieser Tatsache und dem neulich gefaßten Boykottbeschuß die Konsequenzen ziehen und die Arbeit des Bundes unterstützen wird. Sehen wir nach Oesterreich! Am Organ der österreischen Arbeiter-Abstinenz arbeiten z. B. die Genossen Viktor Adler, Beer, Hueber und die Genossin Adelheid Kopp mit. Das ist ungefähr dasselbe, als wenn bei uns Bebel, Bollmar, Legien und Clara Zetkin mitarbeiten würden. Also in Oesterreich ist man in der Richtung wesentlich weiter. Die Oesterreicher sind auch hierin, wie in so manchem anderen, unsere Lehrmeister. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig: Man kann die Abstinenzbewegung als durchaus berechtigt betrachten — ich persönlich bin auch für die Nüchternheitsbewegung — und auch in der Frage, daß die Guttemplerlogen nicht zu unterstützen sind, stehe ich vollständig mit Rakenstein auf einem Boden. Aber der Schlußsatz seiner Resolution würde, wenn er angenommen würde, die Partei auf eine schiefe Ebene führen. Die Partei hat in ihrer ganzen Propaganda immer betont, wie schwer der Alkoholgenuß die Arbeiterbewegung schädigt, aber sie hat das getan im allgemeinen Rahmen der Arbeiterbewegung. Nun haben sich in den letzten Jahren eine Reihe Vereine für Spezialgebiete gebildet. Dagegen kann man an sich nichts einwenden, aber wir können unmöglich die Parteigenossen verpflichten, diese Organisationen nun als offizielle Parteiorganisationen anzuerkennen. Dasselbe Recht könnten dann die Arbeiterturner-, die Arbeiterchöre-, Arbeitergesangsvereine usw. für sich beanspruchen, die doch auch nützlich leisten. (Sehr richtig!) Durch eine solche Förderung der Vereinspielerei hören wir nur die Arbeiterbewegung, weil die Parteigenossen dann ihre Tätigkeit in jenen Vereinen als Haupttätigkeit betrachten. Wer in der Arbeit steht, kann das jeden Tag konstatieren, daß die Parteiarbeit darunter leidet. Wir sind in der Partei noch nicht so weit, daß wir Kräfte überschüssig haben, und ich lege vielmehr Wert darauf, daß alle Kräfte sich der gemeinsamen Arbeiterbewegung widmen, als daß sie sich in einzelnen Vereinen zerplittern. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich, den Schlußsatz im Antrag Rakenstein abzulehnen.

Rakenstein: Ich glaube, Genosse Lipinski hat bei seiner Bekämpfung dieses Antrages ein Wort übersehen. Es steht durchaus nicht darin, daß der Parteitag die Genossen auffordert, dem Arbeiter-Abstinenzbunde beizutreten, sondern nur die abstinenz Genossen. (Sehr richtig!) Es soll verhindert werden, daß diese bürgerlichen Organisationen angehören. Wenn Lipinski

darauf hinweist, daß damit eine Zersplitterung in die Parteibewegung hineingetragen werde, so stelle ich fest, daß kein Verein so glänzende Resultate in bezug auf die politische Organisation seiner Mitglieder erzielt hat wie der Abstinenzbunde. Wir haben in unserer Mitgliedschaft sehr viele Genossen, die Vertrauensposten in der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung bekleiden. Es handelt sich nicht um Sonderbestrebungen, sondern um ein Stück Parteiarbeit, das die Partei als ihre Aufgabe ausdrücklich anerkennt. Dafür hat sich eine Spezialorganisation gebildet, die ihrer ganzen Art nach mehr leisten kann. Genosse Wurm hat seinerzeit in dem Anhang zu seinem Essener Referat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu jenen bürgerlichen Organisationen der Arbeiter-Abstinenzbunde es ist, der auf dem Boden der Partei steht.

Wurm-Berlin: Der negative Teil der Vorschläge von Rakenstein ist bereits durch unsere Essener Resolution gebilligt. Dort haben wir schon erklärt, daß unmöglich ein Parteigenosse einer bürgerlichen Abstinenzorganisation angehören darf. Ich habe damals bereits darauf hingewiesen, daß die Guttempler Gegenkandidaten gegen Parteigenossen aufstellen usw. (Sehr richtig!) Aber wir haben uns in Essen sehr wohl gehütet, und ich insbesondere in meiner Resolution, uns dafür auszusprechen, daß wir die Genossen in eine bestimmte nichtbürgerliche Abstinenzorganisation hineinzwingen wollen. In diesem Antrage Rakenstein ist aber, wie Lipinski mit Recht hervorhob, direkt darauf hingewiesen, ihr müßt euch dem Arbeiter-Abstinenzbunde anschließen. Das wäre ein Präjudiz für die Turner, Schwimmer, Rabler usw. Ich schlage Ihnen deshalb vor, aus dem Antrag Rakenstein den letzten Absatz „sindern sich dem Arbeiter-Abstinenzbunde anzuschließen“ zu streichen. Dann ist dieser Antrag eine Wiederholung und Bekräftigung dessen, was wir in Essen beschlossen haben. (Bravo!)

Adermann-Frankenthal: Ich möchte Sie bitten, es auch künftig bei der auf dem Parteitag in Essen eingenommenen Stellung zur Alkoholfrage beizubehalten zu lassen, und zwar mit Rücksicht auf einen großen Teil von Proletariern, die als Produzenten an der Frage interessiert sind. Wir haben den 2. pfälzischen Kreis mit Hilfe der kleinen Weinbauern gewonnen. Wenn nun aber die größte Partei Deutschlands sich in einer mit politischen Dingen nicht zusammenhängenden Frage in einer Weise festlegt, wie es Rakenstein verlangt, dann wird unsere Agitation unter den Weinbauern außerordentlich erschwert. Der Beschluß über den Schnapsboykott hat zu meiner Freude die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Uns Pfälzern ist gestern eine Erklärung eines Weinhändlers zugegangen, der sich freut, daß der Parteitag im Interesse der Binger diesen Beschluß gefaßt hat und der zugleich eine Offerte über gute und billige Weine beilegt. (Hah und Geisterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 270 wird in der von Wurm vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Die Resolution 272 begründet

Thiele-Halle: Einer eingehenden Begründung bedarf die Resolution nicht. Gewissermaßen nur zur Unterstreichung der Tendenz derselben möchte ich mir einige Worte gestatten. Sie alle wissen, wie in Ostrosia ein großes Reich regiert wird von einer Bande von Verbrechern, die jedes Streben des Volkes nach Licht, Luft und Recht zu erdrücken versucht durch Galgen, Pulver und Pein, durch Kerker und Arbeit in den sibirischen Bergwerken. Unter einer gleich schmachvollen Regierung leidet in Südwesteuropa Spanien. Raum ein zweites Land Europas ist von der Natur so begünstigt wie Spanien, aber Raum ein zweites Land ist auch infolge der Mißregierung so verarmt, Spanien

hat eine tausendjährige Kultur hinter sich. Es war das erste europäische Land mit einem besonderen Kaufsil, die Leistungen spanischer Gelehrten sind hervorragend, aber im Laufe von einem halben Jahrtausend Misregierung sind sowohl die Naturschätze des Landes verwüdet, als auch der geistige Reichtum des Volkes erdrückt worden. Durch eine vollständige Verfassung ist es gelungen, das Volk nicht nur zu verarmen, sondern auch geistig zu veröden, und trotzdem haben sich die Funken der freihheitlichen Bestrebungen erhalten. Gerade wie in Rußland die Revolution sich erhob, als Hunderttausende von Söhnen des Volkes nach Asien geschickt waren, gerade so gab auch die Verfeindung von Kanonensfutter aus Barcelona nach Afrika Anlaß zum Ausbruch der Revolution. Es ist ein Offizier mit deutschem Namen gewesen, dem die Aufgabe zugefallen ist, die Revolution zu unterdrücken, und wir alle wissen, in wie brutaler Weise das erfolgt ist. Wir wissen, wie die bürgerliche Presse auch hier gelogen, wie sie den Revolutionären falsche Handlungen und Motive untergeschoben hat. Von dieser Stelle aus können wir unseren spanischen Arbeitsbrüdern nicht anders dienen, als indem wir ihnen unsere Sympathie, unser volles Einverständnis mit ihren Bestrebungen nach rechtlicher und materieller Hebung ausdrücken. Erwünscht wäre es, wenn das Internationale Bureau sich mit der Frage beschäftigt, ob es möglich ist, den spanischen Arbeitern auch materiell zu helfen. Wir aber müssen uns vorläufig mit dieser Resolution begnügen, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution wird debattelos und einstimmig angenommen.

Singer: Ich stelle fest, daß der Parteitag durch diesen Beschluß gegen die blutige kapitalistische Regierung in Spanien, der so viele Proletariat zum Opfer gefallen sind, Protest eingelegt hat. (Bravol)

Singer stellt hierauf die Unterstützungsfrage zu den noch nicht erledigten Anträgen 8, 240, 241, 243, 244, 246, 248, 249, 262, 281, 283 und 286.

Antrag 249 wird unter der Begründung zurückgezogen, daß er in seiner vorliegenden Form zur Beschlußfassung auf dem Parteitage nicht geeignet ist.

Antrag 240 wird gleichfalls zurückgezogen.

Die Anträge 8, 241, 243, 248, 262, 281, 283 und 286 werden genügend unterstützt. Die Anträge 244 und 246 werden nicht unterstützt.

Singer: Ich bin der Meinung, daß das, was der Antrag 8 will, bereits Praxis ist. (Sehr richtig!) Eine Sonderorganisation der Frauen existiert ja nicht mehr. Der Antrag braucht also nicht verhandelt zu werden. (Zustimmung.)

Ich konstatiere, daß der Parteitag der Meinung ist, daß der Antrag 3 nicht verhandelt wird.

Es stehen also zur Debatte die Anträge 241, 243, 248, 262, 281, 283 und 286.

Grille-Dresden: Ich empfehle den Antrag 241 zur Annahme. Der Antragsteller will, daß Differenzen, soweit sie durch die Parteinstanzen am Orte nicht erledigt werden, einer weiteren Kommission vorgelegt werden können. Wir müssen eine Instanz haben, die eine endgültige Entscheidung herbeiführt in bezug auf die Arbeitsregelung und die sozialen Einrichtungen in den Parteibetrieben. Dabei müssen die technischen Personale auch in Berücksichtigung gezogen werden. Die meisten Arbeitsordnungen resp. Satzungen der Zeitungskommissionen in unseren Betrieben besagen ja schon, was der Antrag will. In letzter Zeit ist dem aber nicht immer entsprochen worden, vielmehr haben die Angelegenheiten ihre Regelung in den Geschäftsführerkonferenzen gefunden. Die technischen Personale haben an den Parteivor-

stand das Ersuchen gerichtet, daß auf diesen Geschäftsführerkonferenzen auch Vertreter der technischen Personale vertreten sein möchten. Es ist zu bedauern, daß dieser Wille der technischen Personale nicht entsprochen worden ist. Der Parteivorstand hat dagegen geltend gemacht, daß die Sachen, die dort zur Sprache kommen, meist geschäftliche Tendenz haben. Wenn man aber die Beschlüsse der letzten Geschäftsführerkonferenz sich ansieht, so ist das nicht der Fall. Man hat sich dort auch mit Fragen beschäftigt, die das technische Personal direkt angehen. So hat die letzte Konferenz in Betracht gezogen, daß man in nächster Zeit eine gewisse Altersversorgung für die in sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten Arbeiter ins Leben rufen will. Wenn diese Frage akut wird, dann werden doch die technischen Personale zur Beitragsleistung herangezogen und muß infolgedessen ihnen auch Gelegenheit geboten werden, über die Materie mitzuberaten.

Bérrab-Hamburg: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Naturgemäß gehen ja die Wünsche unserer Personale sehr weit. Ich will das durchaus nicht verurteilen, aber wir sind heute noch nicht so weit, alle diese Wünsche erfüllen zu können. Wir müssen mit der bürgerlichen Gesellschaft rechnen, in der wir uns noch befinden. Was wir von einer zukünftigen Gesellschaftsordnung erwarten, können wir jetzt nicht zur Durchführung bringen, da wir sonst nicht konkurrieren könnten. Es ist falsch, wenn unsere Personale annehmen, daß wir beliebige Preise fordern können, die ohne weiteres bezahlt würden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Drucksachen möglichst billig sind, damit wir mit den bürgerlichen Unternehmern konkurrieren können, wie das überall geschieht. Wir haben ja weitgehende Zugeständnisse gemacht. Der achtstündige Arbeitstag bedeutet schon einen erheblichen Ausfall. Eine solche Kommission würde, da die Wünsche häufig auftreten, sehr stark beschäftigt werden. Da die Kommission aus verschiedenen Städten zusammengekehrt würde, so würde sie ein hübsches Stück Geld kosten. Außerdem ist ja der Tarif vorhanden. Es sind auch die Preiskommissionen da, wo diese Wünsche diskutiert und soweit möglich den Wünschen nachgekommen werden kann.

Spannloch (Partei Vorstand): Soweit es sich um soziale Einrichtungen in den sozialdemokratischen Betrieben handelt, hat der Parteivorstand seit mehreren Jahren die Sache in die Hand genommen, um eine einheitliche Regelung möglich zu machen. Soweit das möglich war, ist es auch gelungen, die Genossen zufriedenzustellen. Was die geforderte Kommission betrifft, die bei ausbrechenden Differenzen die Schlichtung vorzunehmen hat, ist dieselbe abzulehnen. Diese Kommission müßte sonst jedenfalls im Umhergehen ihre Geschäfte erledigen. Es wäre eine Zentralinstanz, die bald im Norden, bald im Süden, bald im Osten oder Westen Differenzen zu schlichten hätte. Die Schlichtung muß örtlich geregelt werden. Um das möglich zu machen, sind in allen Orten, wo Parteigeschäfte und deren Angestellte vorhanden sind, Organe vorhanden, die zur Schlichtung etwaiger Differenzen berufen sind. Was erreicht werden soll, ist heute vorhanden, und es besteht gar kein Bedürfnis zur weiteren Schaffung einer Zentralstelle zur Schlichtung von Differenzen. Es ist dieser Antrag aus dem Wunsch der Angeestellten hervor gegangen, günstigere Arbeitsbedingungen, die an einem Ort vorhanden sind, auf andere Parteiorde zu übertragen, wo vielleicht die Voraussetzungen für die Einführung nicht gegeben und von der Geschäftsleitung abgelehnt sind. Die Prüfung solcher Wünsche muß örtlich geschehen. Die Instanzen dazu sind vorhanden, ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Die Aussprache schließt. Bei der Abstimmung wird der Antrag 241 abgelehnt.

Es folgt die Besprechung des Antrags 243.

Crispien-Danzig bittet, den Antrag dem Parteivorstand zur Ermägung zu überweisen. Wenn der Parteivorstand seine Zustimmung gibt, sei eine weitere Begründung nicht mehr nötig.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Ermägung überwiesen. Es folgt Antrag 248.

Obbe-Breslau: Die Mehrheit unserer Organisation war der Meinung, daß der Parteitag die Bitte aussprechen soll, daß alle diejenigen Parteigenossen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, ihren Austritt aus der Landeskirche erklären. Und zwar waren es nicht religiöse oder sonstige Motive, sondern es waren politische Motive, soweit ich die Antragsteller verstanden habe, welche zu dem Antrage führten. Sie meinten, daß die Kirche heute eine Organisation der Gegner sei, die zu politischen Zwecken ausgenutzt wird und die diese Ausnützung besonders gegenüber der Jugend verübt.

Hengsbach: Ich bitte, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Ich bedaure, daß dieser Antrag überhaupt die Unterstützung gefunden hat. In München war das Gegenteil der Fall, als damals ein ähnlicher Antrag Welter vorlag. Das wäre gerade ein gefundenes Fressen für das Zentrum. (Lebhafte Sehr richtig!) Da wundere ich mich um so mehr, daß dieser Antrag aus Breslau erscheint, wo man jedenfalls den Kampf mit dem Zentrum etwas besser kennen müßte als in mancher anderen Gegend. Unser Parteiprogramm erklärt die Religion für Privatsache. Da ist es ganz selbstverständlich, daß wir uns mit derartigen religiösen Dingen überhaupt nicht zu befassen haben. Das mag man auf anderen Gebieten tun, aber hier den Austritt aus der Landeskirche zu empfehlen, hat der Parteitag keinerlei Ursache und auch keinerlei Recht. Wenn Obbe sagte, es handele sich um diejenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, so mag man an anderer Stelle den Betreffenden nahelegen, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Das steht aber in dem Antrag nicht drin, ich bitte, über ihn zur Tagesordnung überzugehen. (Sehr richtig!)

Hoffmann-Berlin: Ich komme zu einem anderen Schluß als Hengsbach. In München war von dem Heißsporn Welter, der zum Glück bei uns ebenso schnell verschwunden ist, wie er aufstach, ein ganz anderer Antrag gestellt, und ich selbst habe seine Ablehnung verlangt. Der Antrag Breslau ist ganz anders. Ich habe kurz vor dem Parteitag in 19 Versammlungen in den schwärzesten Gegenden bis hinauf nach Kachen gesprochen mit dem größten Erfolge in der Zentrumsgegend. Gerade unser Programm zwingt uns, den Austritt aus der Landeskirche zu fordern. Das ist ganz etwas anderes als der Austritt aus der Religion. Die Religion wird heute in unerhöhtester Weise für politische Zwecke mißbraucht gerade vom Zentrum. Allein in Preußen werden für kirchliche Zwecke sicher über 200 Millionen aus staatlichen und kommunalen Mitteln, d. h. aus dem Steuerfäkel ohne Unterschied der Religion ausgegeben. (Mauerer: Trennung von Kirche und Staat!) Jeder soll das Recht haben, zu glauben, was er will, mag er ruhig der Organisation angehören, die seinem Glauben entspricht, aber es deut sich nicht mit unserem Programm, daß wir aus Staatsmitteln Selber dafür hergeben sollen, und da wir nicht in der Lage sind, das zu verhindern, gibt es nur ein Mittel, und das ist der Austritt aus der Staatskirche. Mennoniten, Baptisten, ja selbst die Weilsarmee treten jetzt aus der Landeskirche aus, und da sollen wir nicht den Mut haben, die Religion zur Privatsache zu machen dadurch, daß wir dem Staat die Gelegenheit entziehen? In dem Augenblick, wo die große Masse der Kirche nicht mehr angehört, gibt der Staat keinen roten Pfennig mehr dafür; nur solange die große Masse unter dem Einflusse der

Kirche steht, unterstützt sie der Staat, um die Masse in Nechtschaft dantederzuhalten und zur Aufklärung unfähig zu machen. Deshalb fordern wir: Heraus aus der Landeskirche! (Beifall und Widerspruch.)

Klupsch-Dortmund: Wir erreichen das nicht, was die Breslauer Genossen mit dem Antrag wollen. Das Zentrum legt uns heute schon den Satz „Religion ist Privatsache“ ganz anders aus als wir, und das ist es gerade, was die katholischen Arbeiter zum Teil so gegen uns aufreizt. Ich glaube nicht, daß wir durch die Annahme des Antrags erreichen werden, daß ein größerer Teil unserer Parteigenossen in Zukunft aus der Kirche austreten wird als bis jetzt. Keinesfalls trifft es zu, daß wir durch die Annahme des Antrages den Staat veranlassen werden, für die Kirche keine Ausgaben zu machen. (Hoffmann: Das habe ich nicht gesagt!) Wir werden lediglich herbeiführen, daß das Zentrum eine neue Waffe zur Agitation gegen uns hat. (Hoffmann: Die Angst vor dem Zentrum!) Wir haben noch eine große Anzahl Gebiete aufzuschließen, in die wir mit unseren Ideen noch nicht eindringen konnten. Das ganze Münsterland, das ganze Sauerland usw., und wenn das Zentrum mit solchen Agitationsmitteln einsehen kann, erschweren wir uns die Agitation und erreichen nichts. Aus taktischen Erwägungen bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Singer: Es ist ein Zusatzantrag gestellt: hinter dem Wort „Parteigenossen“ zu setzen: „die innerlich mit den Kirchenlehren gebrochen haben“.

Dikamp-Essen: Ich bedauere die Ausführungen Hoffmanns. (Sehr gut!) Ich kann ihn verstehen, weil er lediglich aus jenem Berliner Milieu heraus spricht. Wenn er wüßte, daß in unserem Kohlenbezirk (Hoffmann: Da war ich ja vor acht Tagen!) — ja, Genosse Hoffmann, wenn Du einmal nach dem Kohlenbezirk hinstommst, dann bist Du da noch längst nicht heimisch geworden —, daß da noch Tausende die Kirche regelmäßig besuchen, dann würde er nicht versuchen, einen derartigen Beschluß auf dem Parteitag herbeizuführen, der für unsere Agitation den größten Nachteil haben muß. (Sehr richtig!) In den ersten Anfängen, als unsere Parteibewegung im Kohlenbezirk einsetzte, da ist es ja gerade die Agitation gegen die Kirche gewesen, die uns zu keinem Resultat kommen ließ. Gerade dadurch, daß wir uns dann in bezug auf die Religionsfrage genau an unser Parteiprogramm gehalten haben, daß wir uns nicht auf eine Diskussion mit dem Zentrum über religiöse Fragen eingelassen haben, gerade dadurch, daß wir die wirtschaftliche Frage beständig in den Vordergrund geschoben und erklärt haben, die Religionsfrage ist Privatsache jedes einzelnen, möge er sich dazu stellen wie er will, gerade dadurch haben wir die großen Erfolge im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet, wo das Zentrum noch obenauf ist, erzielt (Zustimmung), und es wäre eine Privatlist ohne gleichen, wenn Sie uns in unserer Aufklärungsarbeit einen derartigen Knüttel zwischen die Beine wärzen, wie es mit diesem Antrage der Fall wäre. Wer mit der Kirche gebrochen hat, mag ja ruhig austreten, dagegen haben wir nichts, aber daß wir durch Parteitagsbeschluß und dazu noch in der ungläublichen Form des Antrags — wie der überhaupt gestellt werden konnte (Hoffmann: Kommt aus Breslau!) — dazu auffordern soll, das ist mir unverständlich. In dem Zusatzantrag heißt es: die mit der Kirche gebrochen haben. Gut, überlassen Sie das den einzelnen. (Sehr richtig!) Ich persönlich habe diesen Schritt längst vollzogen, aber ich kann die Argumente mancher Parteigenossen, die tatsächlich persönlich mit der Kirche gebrochen haben, aber dennoch nicht den Austritt erklären, voll würdigen. Man soll in dieser Gewissensfrage keinem Parteigenossen Zwang auferlegen. Aber vor allem ist es eine Schädigung unseres Vorwärtsschreitens in der schwarzen Gegend. Am letzten Sonnabend ist

es uns nach schweren Mühen, nach beständigen Angriffen auf das Zentrum gelangen, eine gemeinsame Versammlung mit dem Zentrumsabgeordneten Wiesberts abzuhalten. Diese schwarzen Demagogen haben gleich zu Beginn der Versammlung allerlei religiöse Fragen als Thesen aufgestellt, um unsere Parteigenossen zur Diskussion hierüber zu veranlassen. Unsere Parteigenossen haben es abgelehnt; sie haben lediglich die wirtschaftlichen Momente hervorgekehrt und haben dabei erfolgreich abgeschnitten. Lassen wir endlich die Religionsfrage in jeder Weise aus den Verhandlungen unseres Parteitages heraus, und vor allen Dingen fassen wir nicht derartige unglückselige Beschlüsse, die mit unserem Parteiprogramm nicht in Einklang zu bringen sind. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Ein Schlußantrag, gegen den Peus spricht, wird mit großer Mehrheit angenommen und der Antrag 248 mit dem Zusatzantrag mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. (Beifall.)

Es folgt der Antrag 262.

Wittkalk-Königsberg: Soll der Bildungsausschuß seine Aufgabe, eine lebensvolle Zentrale der Bildungsbestrebungen in der Partei zu sein, erfüllen, so muß eine Vorbedingung von uns gegeben werden, er muß eine Uebersicht gewinnen können über die Bildungsarbeit in der gesamten Partei, er muß eine Sammelstelle der reichen Erfahrungen unserer großen, Vorbildlich wirkenden Parteiorde werden und auch einen Einblick gewinnen in die Mängel unseres Bildungswesens und die Wünsche und Anregungen in bezug auf die Ausgestaltung desselben. Wenn Sie wenigstens dem Grundgedanken des Antrags 262 zustimmen, dann würde auch das örtliche Bildungsweesen davon Vorteil haben. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Schon vor zwei Jahren wurde eine Umfrage von dem Bildungsausschuß herungeschickt, und diese könnte etwa zugrunde gelegt werden. Die Berichte könnten im Anschluß an die alljährlich von den Parteiorganisationen an den Parteivorstand nach dem Statut abzuliefernden Berichte eingereicht werden. Da in einzelnen Bezirken keine Bildungsausschüsse, sondern andere Bildungsorgane vorhanden sind, wie mir gesagt wurde, so bitte ich, den Antrag auch auf diese zu beziehen. Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne hier zum Ausdruck zu bringen, wie sehr sich der Bildungsausschuß für seine bisherige umsichtige und erfolgreiche Tätigkeit in uneingeschränktem Maße unseren Dank verdient hat, insbesondere den Dank der hilfsbedürftigen Bezirke. Ich hoffe, daß der Bildungsausschuß selbst sich dem Grundgedanken dieses Antrages freundlich gegenüberstellen wird. (Wraho!)

Heinrich Schulz-Berlin: Ich bitte Sie, diesen Antrag dem Bildungsausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser hat sich selbst bereits mit einem ähnlichen Plane beschäftigt, zum Teil aus den vorgetragenen Gründen, aber auch aus einem anderen Grunde. Die jetzigen Jahresberichte des Ausschusses betreffen lediglich die Arbeit, die der Bildungsausschuß selbst ausgeführt oder angeregt hat. Da er nun nicht ein Organ ist, das von einer Zentrale aus zu reglementieren und zu schablonisieren hat, sondern lediglich Rat und Hilfe derjenigen erteilt, die sich an ihn wenden, so war die Folge, daß gerade die großen Orte, die sich selbst helfen können, in dem Bericht des Ausschusses nicht erwähnt werden konnten, wie z. B. Berlin, München, Hamburg usw. Es wäre deshalb ratsam, wenn der Bildungsausschuß autorisiert würde, seine Berichte auch auf die Bildungsarbeit an anderen Orten auszudehnen, wobei es sich selbstverständlich lediglich um einen Bericht handelt und nicht etwa um ein Eingreifen in die lokalen Bildungsbestrebungen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrage Schulz.

Den Antrag 281 begründet

Whehlich-Stettin: Der Antrag will, daß der Parteivorstand beauftragt werden soll, mit der Generalkommission und dem Bildungsausschuß gemeinsam und unter Hinzuziehung weiterer Fachleute über eine Ausgestaltung und Vereinheitlichung des Arbeiter-Bibliothekwesens zu beraten. Es sind bekanntlich heute an den verschiedensten Orten Bestrebungen im Gange, das Bibliothekwesen zu zentralisieren. Allerdings sind die Erfolge überraschend gering. Viele Gewerkschaften und an manchen Orten auch Parteivereine sträubten sich dagegen, an einem Ort eine einheitliche Bibliothek zu schaffen. Wenn nun eine solche Konferenz vielleicht stattfinden würde, würde es möglich sein, den Parteigenossen die Notwendigkeit der Zentralisation des Bibliothekwesens etwas begreiflicher zu machen. Es würde dabei auch über die Ausbildung der Bibliothekare gesprochen werden können, die heute noch vielfach zu wünschen übrig läßt, was sich bei Anschaffungen zum Beispiel äußert. Gewiß hat der Bildungsausschuß schon etwas getan durch Herausgabe des Verzeichnisses für Musterbibliotheken, aber das allein genügt nicht. In Oesterreich wird in dieser Beziehung mehr getan. Die neue Zeitschrift „Die Bildungsarbeit“ hat dort besonders dem Bibliothekwesen ihre Aufmerksamkeit zugewendet. In Deutschland besteht heute lediglich eine von privater Seite herausgegebene Zeitschrift „Der Bibliothekar“, der ja sehr gut redigiert ist. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen. Die Bildungsarbeit wird erst dann von dauerndem Nutzen sein, wenn wir gute Bibliotheken an allen Orten haben. (Sehr richtig!)

Lipinski-Leipzig: Der Parteitag kann nicht Aufträge an Körperschaften erteilen, über die die Partei keine Verfügung hat. Die Ausführung des Antrages setzt die Zustimmung der Generalkommission voraus. Also schon deshalb müßte man ihn aus formalen Gründen ablehnen. Aber auch sachlich kommt für mich in Frage, daß die Erfüllung des Antrages bedeutet, daß der Parteivorstand nicht mehr die Initiative in großen politischen Fragen nimmt, sondern nur eine technische Kommission zur Ausgestaltung des Bibliothekwesens und anderer Dinge wird. Da Ebert unter dem großen Beifall des Parteitages erklärt hat, daß der Parteivorstand sich grundsätzlich nicht überstürzt (Seiterkeit), müssen wir die Tätigkeit des Parteivorstandes mehr für die politischen Aufgaben reservieren und die rein technischen Fragen den speziellen Institutionen überlassen.

Rosenstein: Der Antrag ist herbergewandert aus einer Besprechung derjenigen Genossen, die dem Bibliothekwesen besonderes Interesse entgegenbringen. Es war ein allgemeiner Wunsch, der mit ihm in Worte gefaßt wurde. Daß wir über die Generalkommission nicht verfügen können, wissen wir auch. Es wird ja auch nur gesagt, daß der Parteivorstand die Generalkommission einladen soll, und es ist nicht anzunehmen, daß diese ablehnen werde. Sie ist dabei besonders wichtig, weil die in Frage kommenden Bibliotheken zum allergrößten Teil Gewerkschaftsbibliotheken sind. Genosse Lipinski fürchtet für den Charakter des Parteivorstandes als politische Körperschaft. Aber wir sind lange nicht mehr eine ausschließlich politische Bewegung, sondern eine allgemeine Kulturbewegung. Ich erinnere an die Kinderkommissionen und ähnliches. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand bezw. dem Bildungsausschuß zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt gemäß diesem Antrag Rosenstein.

Den Antrag 286 begründet

Ullm-Zeltow-Weeslow mit dem Hinweis darauf, daß es notwendig ist, das Material weiteren Kreisen zugänglich zu machen, um die Aufregung gegen die Reichsversicherungsordnung mehr als bisher auszunutzen.

Wüller (ParteiSekretär): Ich bitte, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Reichstag ist zurzeit geschlossen, die Reichsversicherungsordnung ist erst beim Bundesrat, und es ist nicht unmöglich, daß noch Änderungen vorgenommen werden. Es wäre dann sehr angebracht, wenn die Broschüre Anmerkungen erhält, die auf die Veränderungen Rücksicht nehmen.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt Antrag 288.

Dittmann-Solingen: Das eigenartige Schicksal, das der von Berlin I gestellte Antrag 41 hier auf dem Parteitag erlebt hat, ist der Anlaß gewesen, den Antrag 288 einzubringen, der folgendermaßen lautet:

„Der Parteitag erklärt, daß durch die nachträglich veranlaßte Ablehnung des zunächst angenommen gemessenen Antrags 41 in keiner Weise eine Abschwächung der Resolution des Dresdener Parteitages über die Taktik der Partei erfolgt ist.“

Erlauben Sie mir ein paar Worte der Klarstellung und Begründung: Der Antrag 41 zählt zunächst die Sünden der Liberalen auf und sagt zum Schluß:

„Angesichts alles dessen muß die Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit dieser Sorte Liberalen zusammenzugehen und gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken, wie eine blutige Verhöhnung der Partei anmuten. Die Arbeiterschaft hat Mittel und Wege genug, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen.“

Dieser Passus enthält zweierlei, zunächst eine direkte Zurückweisung gewisser Bestrebungen, die Partei zu verbürgerlichen, und zweitens eine indirekt ausgesprochene Festlegung der Partei gegen jedes taktische Zusammengehen mit den Liberalen. Der Antrag ist am Mittwoch zunächst angenommen. Am Donnerstag früh liegen verschiedene Delegierte durch den Vorsitzenden eine Erklärung vorlesen, daß sie irrtümlich dafür gestimmt hätten und eine nochmalige Abstimmung wünschten. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen, und nun wurde der Antrag 41 im Gegensatz zur ersten Abstimmung abgelehnt. Diese zweimalige und verschiedenartige Behandlung des Antrages ist nun, wie vorausgesehen war, in einer Weise frustriert worden, die im Interesse der Partei vom Parteitag unabweisbar desaboniert werden muß. (Sehr richtig!) Im linksliberalen „Berliner Tageblatt“ wird die bei der zweiten Abstimmung erfolgte Ablehnung des Antrages als ein Sieg des Revisionismus über den Radikalismus gefeiert (Hört! hört!) und gesagt:

„Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Sozialdemokratie in den sechs Jahren seit dem Dresdener Parteitage eine stille, aber gründliche Wandlung durchgemacht hat, dann wurde sie in der heutigen Fortsetzung der Beratungen gegeben. . . In Wirklichkeit müßten wir nicht, welches Ereignis für die Fortentwicklung des politischen Lebens im Deutschen Reich bedeutungsvoller sein könnte, als der Wandel innerhalb der sozialdemokratischen Partei, den die Leipziger Tagung handgreiflich zeigt. . . Die Sozialdemokratie hat mit ihrer bisherigen intransigenten Taktik wenigstens in der Theorie gebrochen.“

(Hört! hört!)

Ganz ähnlich haben andere bürgerliche Organe sich geäußert. Die „Tägliche Rundschau“ zum Beispiel schreibt:

„Es ergibt somit das Votum eines infalliblen Parteitages namentlich dahin, daß die Politik des Liberalismus kein Verrat der Arbeiterinteressen und daß es keine „Mutige Verhöhnung der Partei“ ist, wenn sozialdemokra-

tische Abgeordnete an diese die „Zumutung“ stellen, mit „dieser Sorte von Liberalen“ zusammenzugehen.“

(Lachen.)

Und in der „Vossischen Zeitung“ heißt es:

„Mit diesem Siege der Revisionisten wird eine neue politische Lage geschaffen, deren natürlichen Folgen nicht vorgegriffen werden soll.“

(Hört! hört!)

Ich will es an diesen Zitaten genug sein lassen. Ich glaube der Zustimmung des Parteitages sicher zu sein, wenn ich sage, daß diese Darstellung der Sache eine durchaus falsche ist. (Sehr richtig!) Ja, ich kann erklären, daß die Genossen, die die zweite Abstimmung veranlaßt haben, wie mir von ihrer Seite versichert worden ist, damit nicht im entferntesten eine Frontänderung der Partei in ihrer grundsätzlichen und allgemein taktischen Stellung zu den bürgerlichen Parteien herbeiführen wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Worauf es ihnen einzig und allein ankam, war, die durch das Verdammungsurteil des Antrags 41 indirekt erfolgte absolute taktische Festlegung der Partei gegen den Liberalismus wieder aufzuheben. Dafür aber fanden sie Unterstützung nicht nur bei den sogenannten „Revisionisten“, sondern auch bei den sogenannten „Radikalen“ (Sehr richtig!), so daß diese Frage überhaupt nicht als Schiboleth zwischen Radikalismus und Revisionismus in Betracht kommen kann. Wie wenig das der Fall ist, beweist am besten der Umstand, daß dieser von Berlin I gestellte Antrag 41 von einem großen Teil der als radikal bekannten Berliner Delegierten auf dem Parteitage nicht einmal unterstützt worden ist (Hört! hört!), weil sie es für einen Unsinn halten, die Partei in dieser Weise taktisch festzulegen. (Sehr richtig!) Die Partei hat diesen Standpunkt übrigens seit einer Reihe von Jahren konsequent auf ihren Parteitagen eingenommen. Zuletzt in unabweisbarer Weise auf dem Essener Parteitag, wo sieben entsprechende Anträge — im Protokoll unter den Nummern 49—55 aufgeführt — der Reihe nach abgelehnt worden sind, nachdem Bebel als Referent zum Punkt „Reichstagswahlen“ und dann sowohl Revisionisten als Radikale dagegen gesprochen hatten. In seinem Schlusswort zum Punkt „Reichstagswahlen“ hat Bebel auf dem Essener Parteitag noch besonders darauf hingewiesen, daß die Partei in St. Gallen schon einmal einen derartigen Beschluß gefaßt hatte, daß sie aber nachher bei den Reichstagswahlen von 1890 genötigt war, gegen diesen Beschluß zu verstoßen. Es besteht also kein Zweifel darüber, daß auf dem Essener Parteitag, wo man sich zuletzt mit der Frage befaßt hat, diese Anträge auf taktische Festlegung der Partei gegen die Liberalen mit Hilfe der Radikalen abgelehnt worden sind, weil man kein taktisches Festlegen der Partei in diesem Sinne wünschte. Auf dem diesmaligen Parteitag ist ja über die Frage überhaupt nicht diskutiert worden; sonst hätte sich auch jedenfalls hier wieder gezeigt, daß Revisionisten und Radikale in ihrer Mehrheit über diesen Punkt einer Meinung sind. (Sehr wahr!) Wie recht ich mit meiner Behauptung habe, geht aus dem Artikel von Mehring in der Parteitagsnummer der „Neuen Zeit“ hervor, worin es heißt:

„Ein Antrag eines Berliner Wahlkreises verlangt, unter härtester Brandmarkung des ewigen Verrats, den der Freisinn an den Volksinteressen betrieben hat, die entschiedenste Absage an diese Partei. Das heißt unjenseits Erachtens aber übers Ziel hinauschießen. Nicht, als ob der Antrag dem Freisinn irgend zuviel ätte und sachlich irgendwie unberechtigt wäre! Aber taktisch empfiehlt es sich nicht, daß der Parteitag sich in dieser Weise festlegt. In politischen Dingen soll man niemals aus noch so berechtigtem Born Ent-

„Schlüsse fassen, die für eine Zukunft binden, die sich heute noch nicht überheben läßt.“

„So weit der Berliner Antrag bei der ersten Abstimmung nicht irrtümlich unterstützt wurde, scheint er mir angenommen zu sein nicht wegen der in ihm enthaltenen taktischen Festlegung der Partei, sondern wegen der in ihm gleichfalls enthaltenen Zurückweisung der Zumutung einzelner Reichstagsabgeordneter, jetzt, gerade jetzt unter allen Umständen Anschluß an den Liberalismus zu suchen. Die nachträgliche Ablehnung entspricht also durchaus dem Standpunkt, den die Parteitage seit Jahren in dieser Frage eingenommen haben, sie bedeutet in keiner Weise eine Frontänderung in der grundsätzlichen Stellung der Partei gegenüber dem Liberalismus und den bürgerlichen Parteien. Das soll durch den Antrag 288 klipp und klar festgelegt werden, und ich bitte Sie daher, dem Antrage einmütig Ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafter Beifall.) Der entscheidende Teil der Dresdener Resolution, der hier in Frage kommt, hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekronte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.“

Weiter heißt es:

„Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.“

Das ist klar und unabweidung, und durch die Annahme meines Antrages wird das für die gegenwärtige Situation noch einmal unterstrichen, und denen, die von einer Schwächung der Partei reden, wird das Konzept verdorben. Darauf aber kommt es an!

Es ist gesagt worden, mein Antrag spreche Selbstverständliches aus und sei daher eigentlich überflüssig. Ich halte es dagegen für sehr notwendig, daß der Parteitag durch Annahme meines Antrages allen Auslegungsräumen von vornherein die Spitze abbricht. (Sehr wahr!) Besser, wir reden jetzt kurz darüber, statt ein Jahr lang uns in der Presse damit herumzuschlagen zu müssen. (Zustimmung.) Sollte trotz alledem versucht werden, die Ablehnung des Antrages 41 für eine Anlehnung der Partei an den Liberalismus zu fruktifizieren, so kann die Partei darüber mit dem einfachen Hinweis auf den gefaßten Beschluß zur Tagesordnung übergehen. Nehmen Sie also meinen Antrag an und bekunden Sie damit, daß es sich bei der Ablehnung des Antrags 41 lediglich um die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes handelt, daß der Parteitag aber nicht gewillt ist, auch nur um Haarebreite vom dem Boden des Dresdener Beschlusses abzuweichen! (Lebhafte Zustimmung.)

Muer-München: Der Parteitag ist wohl mit mir einverstanden, wenn ich sage, daß wir die Diskussion des Parteitages nicht bestimmen lassen von der bürgerlichen Presse. Es ist heute wirklich nicht mehr die Zeit, uns über den Wert oder Unwert der Dresdener Resolution und mit den Ausführungen des Korredneurs eingehend zu beschäftigen. Darum gehe ich über diese Ausführungen

hinweg. Zum Antrag Dittmann erkläre ich im Auftrage von einer großen Anzahl Delegierter das Folgende:

Die Ablehnung der Resolution 41 ist von unserer Seite aus den Gründen erfolgt, die auch die überwiegende Mehrheit des Parteitages in Essen bestimmt hat, jede Festlegung für die künftige Wahltaktik abzulehnen.

Wir halten deswegen den Antrag Dittmann für durchaus überflüssig, da durch die Ablehnung des Antrages 41 die Dresdener Resolution in gar keiner Weise berührt wurde. So wenig wir unsererseits jenen Erörterungen der bürgerlichen Presse einen Wert beimessen, die einige unserer Parteiorgane und offenbar auch eine Reihe von Genossen in Erregung versetzt haben, so wenig halten wir es für nötig, daß angesichts der gegenwärtigen politischen Lage die hier in Leipzig dokumentierte Einigkeit der Partei durch eine geteilte Abstimmung über eine vor sechs Jahren beschlossene Resolution getrübt werde. Wir werden daher für den Antrag Dittmann stimmen, der, wie betont, gemäß den Beschlüssen des Essener Parteitages keine wahltaktische Bindung für die Partei bedeutet.

Die Aussprache schließt. Bei der Abstimmung wird der Antrag 288 einstimmig angenommen.

Es folgen Anträge zur Tagesordnung des nächsten Parteitages.

Die Anträge 251, 252 und 253 werden nicht unterstützt. Zur Diskussion stehen die Anträge 254, 269 und 284.

Zubeil begründet den Antrag 254. Die Mehrheit der Arbeiterschaft, auch der organisierten, steht heute noch dem Genossenschaftswesen teilnahmslos gegenüber. Wenn wir aber auf Schweden sehen, wo die Resultate der schwedischen Arbeiter in ihrem schweren Kampf meiner Ueberzeugung nach auch zum großen Teil auf die wirtschaftlichen Einrichtungen der Genossenschaft zurückzuführen sind, so muß uns das veranlassen, auch diese Frage einmal auf dem nächsten Parteitag gründlich zu erörtern. Viele Genossen stehen der Sache teilnahmslos gegenüber, weil sie nicht einverstanden sind mit der heutigen Dividendenjagd und auch anderen Dingen.

Rahenstein: Dieser Antrag ist zum erstenmal vor 12 Jahren gestellt, seitdem öfter wiedergekommen und jetzt zur Annahme reif. Der Parteitag hat schon einmal 1892 sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigt. Es betraf aber nur die Produktgenossenschaften, und es ist charakteristisch, daß damals mit keinem Wort der Konsumgenossenschaften gedacht wurde, dem eigentlichen Kern und die Kraft der proletarischen Genossenschaftsbewegung. Das, was wir gestern gesehen haben und was inzwischen in einer ganzen Reihe von deutschen und ausländischen Städten herangewachsen ist, beweist uns, welches Kampfmittel der Arbeiterbewegung hier verborgen liegt. Der Parteivorstand selbst hat in bezug auf den genossenschaftlichen Bezug einen Fingerzeig in seinem Berichte gegeben, indem er vom gemeinsamen Bezug des Papiers der Parteidruckereien spricht. Das zeigt, daß man das Bedürfnis, den Konsum zu organisieren, allmählich auch in den Körperschaften einzieht, die sich weniger mit wirtschaftlichen als mit politischen Fragen zu beschäftigen haben. Die Dinge in Schweden und Dänemark zeigen, welche Macht die Arbeiterschaft heute schon auf wirtschaftlichem Gebiet entfalten kann, wenn sie nur will. Es handelte sich doch um die Frage, ob die Arbeiter ihre bei den Sparläsen und Banken deponierten Gelder abheben sollen. In Dänemark ist es 1899 geschehen, um die Banken in Verwirrung zu bringen. Dann aber ist es auch möglich, daß man es tut, um eine positive Wirkung für die Arbeiterschaft zu erzielen. Heute werden die Gelder der Arbeiterorganisationen größtenteils in den Kassen unserer Gegner angelegt, in Hypotheken, in Staatspapieren, sogar in Kirchenkassen usw.

Das entspricht nicht dem Interesse der Arbeiterbewegung; es ist notwendig, daß die Arbeiter ihr Kapital zusammenfassen, um es zu eigenen Zwecken zu verwenden. Aber noch ein anderes macht den Antrag besonders wichtig. Ich habe schon öfter Veranlassung gehabt, auf unsere öfterreichischen Genossen als Vorbild hinzuweisen, die immer in rührender Bescheidenheit sich als unsere gelehrigen Schüler bezeichnen. In einigen Punkten können wir von ihnen lernen, und einer dieser Punkte ist die unverbrüchliche Einheit aller Faktoren der Arbeiterbewegung: des politischen, des genossenschaftlichen und des gewerkschaftlichen Faktors. Wir im Reich leiden unter dem Lasten des Theorienmachens. Für jedes Ding, das existiert, wird bei uns eine besondere Theorie gemacht. Daraus und aus den Kompetenzstreitigkeiten entwickeln sich dann Gegensätze. So ist die Sache, wie sie leider lange Zeit zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung war, auf dem besten Wege, auch zwischen Partei und Genossenschaftsbewegung zu werden. Die große Masse der Mitglieder der Arbeiterkonsumvereine gehört zu unserer Partei, aber die Leitung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine bekennt sich zu einer Neutralitätstheorie, die der Arbeiterpartei genau so gleichgültig gegenübersteht wie der antisemitischen, der konservativen und dem Zentrum. Dabei ist nur auf die Sozialdemokratie für die Konsumvereine Verlaß. So notwendig die Genossenschaftsbewegung ist, ihre Wirkungen werden gelähmt durch die planmäßige Walfsaugwucherungspolitik der Regierung. Es handelt sich wesentlich um zwei Dinge: die Lebenshaltung der Arbeiterklassen möglichst zu erhöhen: auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Wege, und zweitens an Stelle der kapitalistischen Produktion eine genossenschaftliche, d. h. sozialistische zu setzen. In dieser Richtung haben sich alle Zweige der Bewegung zu betätigen. Es gilt die Genossenschaften nutzbar zu machen für die Arbeiter und zugleich die Einheit herzustellen zwischen den verschiedenen Zweigen der proletarischen Bewegung. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, damit er, wenn nicht zwingende Gründe dagegegn vorliegen, die Frage auf die nächste Tagesordnung setzt.

Mitter-Verlin: Ich bitte gleichfalls um Annahme des Antrages, allerdings nicht aus den Gründen, die Zubeil angegeben hat. Wir werden uns auf dem nächsten Parteitag nicht lediglich über die Frage der Dividendenjägererei unterhalten, sondern auch darüber, daß wir jahrelang eine Nachlässigkeit gezeigt haben. (Sehr richtig!) Als Vorsitzender einer Propaganda-Kommission für die Verbreitung des Genossenschaftswesens rechne ich bestimmt darauf, daß der nächste Parteitag eine freundlichere Stellung zum Genossenschaftswesen einnimmt als 1892. Wir haben an die Frage nicht nur von dem Gesichtspunkte heranzutreten, daß wir immer wieder das Ersuchen an die Konsumvereine richten, besser für ihre Angestellten zu sorgen, sondern auch von dem Gesichtspunkte, ob die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft auch das Ihrige getan hat, diese Bewegung zu fördern. (Weißall.)

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwie sen.

Es folgt Antrag 260

Geher: Nach dem Ausgang der Debatte über die parlamentarische Tätigkeitszeit, speziell über die Erbschaftsteuer erscheint es geboten, daß ein Parteitag sich mit der Steuerpolitik der Sozialdemokratie einmal eingehend beschäftigt. Es wird daraus mehr Klarheit hervorgehen, und das wird ein Vorteil für die Partei sein. Der nächste Parteitag wird mit mehr Ruhe und Gründlichkeit an die Frage gehen können, da ja dann voraussichtlich kein Spezialfall zu behandeln sein wird. Der Genosse Kautsky hat ja bereits gute Gründe für

meinen Antrag angeführt. Da aber vielleicht der Parteivorstand noch dringendere Angelegenheiten eventuell dem nächsten Parteitag zu unterbreiten hat, so empfehle ich, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Besprechung schließt. Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwie sen.

Es folgt Antrag 284.

Vollender: Der Antrag 284 verlangt auch nicht unter allen Umständen, daß die Frage der Budgetbewilligung in den Gemeinden auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, sondern er wünscht nur, daß dem Parteivorstand die Aufgabe zugewiesen wird, unter Berücksichtigung der im nächsten Jahre herrschenden Verhältnisse zu erwägen, ob diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll oder nicht. Der Antrag findet seine Erklärung nicht nur in dem Umstande, daß die Betätigung der Sozialdemokratie an den Aufgaben der Gemeinden eine immer umfangreichere wird, sondern auch in dem besonderen Umstande, daß speziell hier in Leipzig sich ein Vorkommnis ereignet hat, daß eine gewisse aufsehenerregende Erörterung in einem Teil der Parteipresse gefunden hat. Obwohl in Nürnberg vor der Beschlußfassung über die Budgetresolution Stimmen laut wurden, die davor warnten, daß die städtischen und gemeindlichen Budgets nicht zu vermischen seien mit den staatlichen, und auch in Leipzig Stimmen laut wurden, die verlangten, daß diese Nürnberger Resolution ohne weiteres Anwendung zu finden habe bei der Beratung über den städtischen Haushaltsplan. In einer Besprechung mit den maßgebenden Stellen unserer Partei in Leipzig ist allerdings geltend gemacht worden, daß es eine Gesamtschätzung über den städtischen Haushaltsplan nicht gibt. Die Folge war, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten veranlaßt wurden, ihre grundsätzliche Stellung wenigstens bei dem Polizeietat zum Ausdruck zu bringen. In der sächsischen Landesversammlung hat vor einigen Wochen Genosse Fleißner-Dresden auf diese Faltung der Leipziger Stadtverordneten hingewiesen, die in der Hauptsache dem Polizeietat ihre Zustimmung gegeben hätten. Es wurde von einer nicht genügenden Aufklärung der sozialdemokratischen Stadtverordneten über die Parteiforderungen gesprochen. Es ist allerdings dann ins Feld geführt worden, daß den maßgebenden Grundsatz unsere Parteigrundsätze zu bilden hätten. Ich bin der letzte, der die Grundsatzfestigkeit des Genossen Fleißner in Zweifel zieht, aber diese Grundsatzfestigkeit hat es nicht verhindert, daß auch die Dresdener Stadtverordneten inklusive des Genossen Fleißner, solange sie im Stadtverordnetenkollegium sitzen, für die Ausgaben der Dresdener Polizei gestimmt haben, obwohl dort die Polizei ein staatliches Institut ist. (Lebhaftes Hört! hört!) Die Feststellung der letzteren Tatsache beweist, daß es mit einem Hinweis auf unsere Parteigrundsätze als Beweiser in derartigen Dingen nicht getan ist. Wir wünschen, daß, sofern es die Umstände gestatten, diese Frage in absehbarer Zeit an autoritativer Stelle erörtert wird. Ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten einer generellen Regelung. Immerhin steht für mich fest, daß eine derartige Aussprache wesentlich zu einer Aufklärung der Parteigenossen über derartige Dinge überhaupt beitragen wird, und ich zweifle nicht, daß gewisse generelle Grundsätze aufgestellt werden können. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Abbe-Dreslau: Ich möchte auch für Norddeutschland dem Wunsche Ausdruck geben, daß es in hohem Grade wünschenswert ist, die Frage der Budgetbewilligung in den Gemeinden auf die Tagesordnung zu setzen. Die Zahl unserer Gemeindevertreter nimmt zu. In einer Reihe von industriellen Bezirken haben unsere Genossen jetzt schon die Mehrheit, aber auch darüber

hinaus ist es sehr wünschenswert, daß an der Hand der Debatte nicht nur unsere theoretischen Forderungen, sondern praktische Vorfälle der Gemeinden hier vor dem Parteitag besprochen werden. Also ganz abgesehen von dem drohenden Vorfall in Sachsen, wo die Leute uns sonst immer gesagt haben, wie es gemacht werden soll (Geiterkeit), bitte ich, dem Antrag zuzustimmen.

Wipinski-Leipzig: Dem Antrag Vollerder kann ich zustimmen, denn er will eine Frage zur Debatte bringen, die zweifellos Bedeutung hat und wichtig ist. Aber gegen eine Bemerkung Vollerders möchte ich mich wenden. In Leipzig ist nicht die Frage aktuell geworden, ob die Parteigenossen den Gemeindeetat annehmen oder ablehnen sollen, sondern die Frage ist erörtert worden, ob ein kleiner Teil dieses Etats, und zwar der Polizeietat, in einzelnen Punkten die Zustimmung der Parteigenossen finden soll oder nicht. Darüber haben Auseinandersetzungen zwischen Fraktion und Parteileitung stattgefunden, die zur Folge hatten, daß die Parteileitung der Stadtverordnetenfraktion empfahl, den Polizeietat unbeschadet ihrer Stellungnahme zu einzelnen Positionen dieses Etats, die bewilligt werden könnten, abzulehnen. Dieser Beschluß erklärt sich aus dem Umstande, daß über den Polizeietat keine Gesamtabstimmung stattfindet, sondern nur über die einzelnen Positionen abgestimmt wird und unter den letzteren sich einzelne Positionen befinden, die nicht abgelehnt werden können. Der Vorgang in Leipzig hat sonach mit dem Antrag an sich nichts zu tun. Es ist dann ein anderer Vorgang in der Landesversammlung hier herangezogen worden, der aber auch mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat. Bei dem zweiten Vorgang handelt es sich um einen Nachtrag zum Polizeietat, den die Fraktion beschloß, abzulehnen. Bei der Abstimmung im Plenum stimmten einige Fraktionsmitglieder, sei es aus Irrtum, sei es aus Ueberzeugung, nicht dem Fraktionsbeschlusse gemäß. Dagegen haben die Parteigenossen in Leipzig Stellung genommen und Genosse Fleißner hat diesen Vorgang in Zittau kritisiert. Der Gemeindeetat selbst ist auf der sächsischen Landesversammlung weder von Fleißner noch von anderen Genossen erörtert worden. Ich wollte das nur mitteilen, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, als wenn wir zu der Stadtverordnetenfraktion in irgendeinem feindlichen Verhältnis ständen und der Genosse Vollerder deshalb den Antrag stellen mußte. (Beifall.)

Ein Schlusantrag wird angenommen.

Fleißner (persönliche Bemerkung): Vollerder hat meinen Namen in einer Weise in die Debatte gezogen, die den Tatsachen nicht entspricht. Es ist mir bei jenem Vorgang in Zittau absolut nicht eingefallen, den Leipziger Parteigenossen im Stadtparlament irgendwelche Vorschriften oder Wortwüfe über ihre sachliche Haltung zum Polizeietat machen zu wollen. Ich habe dort nur ganz beiläufig die allerdings sehr bezeichnende Tatsache festgestellt, daß sie in einer verhältnismäßig einfachen Frage in dreifacher Art abgestimmt haben, daß einige dafür, einige dagegen gestimmt und ein paar sogar hinausgegangen sind.

Vollerder (persönlich): Nachdem Fleißner die Wichtigkeit meiner Ausführungen in Zweifel gezogen hat, gestatte ich mir kurz vorzulesen, was es auf der Landeskonferenz ausgeführt hat:

In Leipzig hat sich in der Stadtverordnetenversammlung vor nicht zu langer Zeit ein außerordentlich bedenklicher Vorfall ereignet. (Hört! hört!) In der Großstadt Leipzig waren unsere Genossen im Stadtparlament nicht einmal klar über das Polizeiwesen, ein Teil hat für die Forderung gestimmt, ein Teil dagegen, und zwei haben sich überhaupt gedrückt. (Geiterkeit und Hört! hört!) Ja, wenn man aus solchen Gründen eine Programm-

änderung verlangt, dann sage ich nein. So etwas können wir mit einem Programm überhaupt nicht treffen (Sehr richtig!), und wenn verhältnismäßig so einfache Dinge nicht richtig behandelt werden, so liegt das nicht an dem Programm, sondern daran, daß die Genossen nicht klar sind. (Sehr wahr!) Ich muß sagen, es ist nichts Gutes, was da von Leipzig gekommen ist!

Hier wird also den Stadtverordneten der Vorwurf gemacht, daß sie überhaupt über die Polizei und deren Charakter sich im unklaren befinden. So stehen die Dinge nicht. Wir haben seit langen Jahren diejenigen Forderungen der Polizei zurückgewiesen. . . . (Aufe: Persönlich!)

Singer: Das kann ich als eine persönliche Bemerkung nicht mehr anerkennen.

Der Antrag 284 wird hierauf angenommen.

Hierauf werden die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages, Anträge 285, 286, 288, zur Debatte gestellt.

Für den Antrag 286 spricht

Genossin Knöfker-Magdeburg: Namens der Magdeburger Parteigenossen bitte ich den Parteitag, den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten. Dieser Antrag ist schon wiederholt von Magdeburg gestellt worden, leider aber jedesmal abgelehnt worden. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo unter der schlechten Konjunktur die politische sowohl wie die gewerkschaftliche Organisation in Magdeburg schwer zu kämpfen hat, diese auch mit gelben Gewerkschaften, wäre es wünschenswert, wenn durch die Aussicht auf den bevorstehenden Parteitag ein anderer Geist in das ganze politische Leben getragen würde. Im übrigen ist Magdeburg — was ja erst in zweiter Linie kommt — an Sebenswürdigkeiten reich. Wir bitten Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo!)

Den Antrag 288 begründet

Leutert (Apolda): Es tut mir aufrichtig leid, gegen eine Genossin Konkurieren zu müssen. (Große Geiterkeit.) Im Auftrage der Eisenacher Genossen bitte ich Sie aber, den nächsten Parteitag in Eisenach abzuhalten. Eisenach liegt einmal gut, beinahe so schön wie Jena, wovon Sie doch auch bekanntlich einen bitteren Nachgeschmack nicht gehabt haben. (Geiterkeit.) Es liegt zentral, es liegt romantisch. (Große Geiterkeit.) Die Eisenbahnverbindungen sind gut; Berlin-Frankfurt. Für die Unterbringung der Delegierten sorgen die Eisenacher Genossen mit Hilfe der übrigen Thüringer. (Zuruf: Auf der Wartburg!) Und dann das agitatorische Moment! Ich bin überzeugt, Sie stärken dadurch den Mut der Genossen für eine eventuell bevorstehende Reichstagswahl, so daß, wenn Sie nach Eisenach kommen, Sie vielleicht einen neuen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten präsentiert bekommen. (Beifall.)

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag 285 gegen wenige süddeutsche Stimmen abgelehnt. Unter großer Geiterkeit des Parteitages stimmen auch die ganzen Berliner Delegierten dagegen.

Hierauf wird Magdeburg (Antrag 286) zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Singer: Noch in letzter Stunde ist ein Begrüßungsschreiben eingegangen von unserem alten Genossen Friedrich Lehner (London). Dieser verehrte Genosse, der meines Wissens der Veteran unserer Partei ist, hat es sich nicht nehmen lassen, trotz seines Alters und seiner Schwächlichkeit eigenhändig einen längeren Brief an den Parteitag zu richten. In diesem Briefe bringt er seine überlichen Grüße und Wünsche für das Gelingen des Parteitages zum

Ausdruck. Ich nehme davon Kenntnis, spreche ihm auch an dieser Stelle den Dank des Parteitag aus und hoffe und wünsche, daß wir noch oft Briefe von unserem alten Gegner bekommen mögen. (Bravo!)

Das Resultat der vorgenommenen Wahlen ist das folgende: Gewählt sind zu Vorsitzenden Nebel mit 326, Singer mit 317 Stimmen. Zum Kassierer Gerisch mit 325 Stimmen, zu Schriftführern Mollenbuhr mit 322, Ebert mit 319, Müller mit 311, Pfannusch mit 306 Stimmen. Zur Beisitzerin ist gewählt Genossin Biez mit 277 Stimmen, außerdem haben erhalten Genossin Baader 14 Stimmen, 24 Stimmzettel mußten bei dieser Wahl für ungültig erklärt werden.

Zu Kontrolleuren sind gewählt Raden mit 297 Stimmen, Bod mit 259, Brühne mit 288, Ernst mit 259, Koenen mit 251, Clara Reikin mit 231, Ged mit 225, Braun mit 226 und Timm mit 224 Stimmen. Außerdem haben erhalten Breh 127 Stimmen, David 93, Geiß 88, Fräulein Grünberg 74, Paul Hoffmann 68, Silbersbrand 101, Kleemann 29 und Frau Ludwig 6 Stimmen, Berthold 3, Rimmerfall 2 und Engelman, Hug, Albert, Wittmann, Schüh, Sachse, Lipinski, Schmidt-Berlin und Lindemann je 1 Stimme.

Die Kontrollkommission hat ihrerseits zu Beisitzern des Vorstandes gewählt Wengels-Berlin und Liepmann-Berlin.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Singer: Genossen und Genossinnen! Wir sind nunmehr mit unseren Arbeiten zu Ende. Ich glaube, meine Schlussbemerkungen nicht besser einleiten zu können, als indem ich den Leipziger Genossen unseren Dank ausspreche nicht nur für die mühselige, eifrige Arbeit, die sie während des Parteitages im Interesse der ordnungsmäßigen Verhandlungen geleistet haben, nicht nur für die außerordentlichen Anstrengungen, die sie vor dem Parteitag machen mußten, um alles in die Wege zu leiten, namentlich auch, damit wir hier in diesem schönen Raum tagen konnten, sondern auch für die festlichen Veranstaltungen, mit denen sie den Parteitag erfreut haben. (Bravo!) Vor allem habe ich das Empfinden, daß die Delegierten den Wunsch haben, ausdrücklich zu danken für den künstlerischen Genuß, den die Leipziger Genossen uns durch das Konzert bereitet haben. Es gibt darüber in unseren Kreisen nur eine Stimme. Wir sind nicht nur den Leipziger Genossen, sondern auch den Sängern und ihrem vorzweifelhaften Dirigenten, sowie dem Orchester und seinem Kapellmeister herzlichsten Dank schuldig, den ich hiermit ausspreche. (Erneutes Bravo!)

Lassen Sie mich auch danken den Mitgliedern, die in Kommissionen gearbeitet und so außerordentlich viel dazu beigetragen haben, die Arbeiten des Parteitages zu fördern.

Wenn ich unsere Verhandlungen rückwärtschauend überblicke, so möchte ich vor allem eins feststellen, was uns allen zu außerordentlicher Befriedigung gereichen kann. Die Hoffnungen, welche unsere Gegner auf die diesjährige Tagung gesetzt haben, sind zusammengefallen. (Lobhafter Beifall.) Ich sage das nicht, um auf die bürgerliche Presse irgendeinen Eindruck zu machen. Ich weiß, daß es Aufgabe der bürgerlichen Presse ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir wissen auch, daß das sehr oft in einer Weise geschieht, die sowohl mit der Wahrheit als mit dem Anstand in krassestem Widerspruch steht. (Sehr richtig!) Ich sage das vielmehr, um namens der Partei ausdrücklich zu erklären, daß alle Hoffnungen der Gegner auf Schwächung

der Aktionskraft der Partei durch innere Meinungsverschiedenheiten an dem granitnen Felsen der Ueberzeugung aller Parteigenossen von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit allezeit scheitern werden. (Lobhafter Beifall.)

Den Gegnern, Genossen, werden wir es selbstverständlich nie recht machen. Das wäre auch sehr schlimm. (Sehr richtig!) Sie werden, sind unsere Verhandlungen lebendig, über die Streitsucht der Parteigenossen schreiben, sind sie, wie diesmal, geschäftsmäßig, so werden sie über die Oede, über die Nüchternheit unserer Verhandlungen schreiben. Den Gegnern kann natürlich nur dann Freude gemacht werden, wenn wir uns nach Möglichkeit zerfleischen, wenn sie in die Welt hinauszuposaunen können, die Sozialdemokratie sei im Begriff, sich zu spalten. Daß dieser Parteitag dazu beigetragen hat, diese Hoffnungen gründlich zu enttäuschen, das halte ich für notwendig festzustellen. (Sehr gut!)

Parteigenossen! Wir können mit Befriedigung auf die arbeitsreiche Woche zurückblicken. Wir haben unsere internationale Solidarität aufs neue befestigt. Wir haben aufs neue festgestellt, daß wir uns eins fühlen mit den Proletariern aller Länder. Wir haben aufs neue der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, von der wir durchdrungen sind, daß der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus in allen Ländern geführt werden muß, und daß das, was das Proletariat des einen Landes erobert, auch für die anderen Länder einen Erfolg auf dem Vormarsch gegen die kapitalistische Gesellschaft bedeutet, und die Niederlagen, die im schweren Kampf des Proletariats des einen Landes erleidet, tief mitempfunden werden von den Proletariern der anderen Länder und auf die Verhältnisse dieser einwirken. (Bravo!)

Wir haben wichtige Beschlüsse gefaßt im Laufe der Woche. Mit Befriedigung können wir auf unsere Tätigkeit zurückblicken. Bei unserer Tätigkeit für das Leben der Partei, für den kräftigen Pulsschlag in der Partei sind auch lebendige Auseinandersetzungen notwendig. Parteigenossen, lassen wir uns dadurch nicht heitren. Die Wärme des einzelnen, die verschiedenen Temperamente, die in den Reden zum Ausdruck kommen, sie entspringen alle der Liebe und dem Eifer für die Partei. Die Partei hat immer auf dem Boden gestanden, daß sie Meinungsverschiedenheiten offen und ehrlich auszutragen hat, und daß ihr kein Schaden dadurch geschieht, wenn sie die Meinungsverschiedenheiten vor aller Welt zum Austrag bringt. Dadurch unterscheiden wir uns eben von den bürgerlichen Parteien, daß wir gewohnt sind, uns die Wahrheit zu sagen; und wenn auf dieser und jener Seite dabei manche gar zu temperamentvolle Ausführungen gemacht werden, dann muß das in der Art, in dem Wesen des einzelnen seine Erklärung finden, das darf aber nicht der Gesamtpartei zum Vorwurf gemacht werden, die ein lebhaftes Interesse daran hat, daß die Meinungen wahr, ehrlich und auch klar und bündig zum Ausdruck kommen. (Beifall.)

Parteigenossen! Einer der wichtigsten unserer diesmaligen Beschlüsse ist der bezüglich der Organisation. Wir haben damit das Streben und das Wesen unserer Partei, die von jeher in der Zusammenfassung aller Kräfte den besten Erfolg für sich sah, aufs neue betätigt und erweitert. Unsere neue Organisation soll und wird uns eine Waffe sein in dem großen Befreiungskampf, den die deutsche Sozialdemokratie kämpft. Sie wird mehr noch als bisher die Partei in den Stand setzen, die Parteimeinung einheitlich zum Ausdruck zu bringen, und ich möchte diesem Beschlusse den Wunsch mit auf dem Weg geben, daß er möglichst schnell in das Parteileben eingeführt wird.

Die Beschlüsse, die wir zur Maiseier gefaßt haben, sind ja, wie aus der Diskussion sich ergab, von manchem als nicht ausreichend bezeichnet worden; aber Parteigenossen, lassen Sie mich auch hier feststellen, daß aus allen Heben und auch aus unserem Beschluß, für die Arbeiterzube am 1. Mai immer eifriger zu kämpfen, der unverbrüchliche Wille herborgeht, die Maiseier nicht totmachen zu lassen und die Gedanken, die in der Maiseier liegen, immer lebendiger ins Volk zu tragen, immer mehr dafür zu sorgen, daß die großen Ziele, denen unsere Maiseier gewidmet ist, so schnell wie irgend möglich Erfüllung finden. (Beifall.) So nur allein ist unser Beschluß zu verstehen, so nur allein werden unsere Vereinbarungen, wie wir sie angenommen haben, ausgelegt werden; und diejenigen, die da fürchten, daß nach dieser Vereinbarung weniger Kraft und weniger Energie in die Maiseier gelegt werden wird, sie werden durch die Wirklichkeit, wie ich hoffe, sehr bald eines besseren belehrt werden. (Lebhafter Beifall.)

Unser Beschluß zum Branntweinkonsum ist kulturell und politisch von gleicher Bedeutung; er wird — wenn die Arbeiterklasse Deutschlands ihn mit Energie und Nachhaltigkeit befolgt, unseren Feinden, den Junkern, die Diebesgabe entziehen und damit die raffgierigen Beutepolitiker da treffen, wo sie es am empfindlichsten spüren, am großen Portemonnaie. Auch die kulturelle Wirkung wird uns reichen Gewinn bringen; mit der Beseitigung des Schnaps-genußes werden auch die Proletarier mit klarem Kopf und nicht durch den Fuselgenuß geschwächtem Körper unsere Armee verstärken, die bisher noch nicht ihre Kräfte dem Klassenkampf gewidmet haben. (Beifall.)

Die Anregungen zur Förderung und Ausbreitung der proletarischen Jugendorganisation werden dazu beitragen, die Propaganda auf diesem Gebiet zu vertiefen und zu beleben. Den Sozialismus in die Köpfe und Herzen der Arbeiterjugend zu pflanzen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei. Wenn die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft! Für diese Aufgabe neue Anregungen gegeben, neue Wege gewiesen zu haben, darf uns zu hoher Befriedigung gereichen. (Lebhafter Beifall.)

Unsere Referenzen zur Reichsversicherungsordnung haben in klarer, vollendeter Weise die Forderungen zum Ausdruck gebracht und in der Resolution niedergelegt, die die Partei an diese Gesetzgebung zu stellen hat. Die Debatte dieses Parteitagess wird der Ausgangspunkt sein für eine kraftvolle Agitation im Land, für die Arbeit derjenigen, die mit der gesetzgeberischen Erledigung beauftragt sind.

Unsere Agitation im Lande, die wir mit erneuten und vermehrten Kräften aufzunehmen verpflichtet sind, sie wird sich auch mit den letzten volksverräterischen, volksausraubenden Beschlüssen des Reichstages in bezug auf die Reichsfinanzreform befassen. Überall im Lande muß die Agitation einsetzen, um dem Volke durch Flugblätter, durch die Presse, durch Versammlungen klarzumachen, welche eine Schändlichkeit mit dieser Ausraubung der breiten Masse begangen ist, und, Parteigenossen, ich habe die Überseht, und darauf weisen ja auch schon einzelne Momente hin, daß die Abrechnung für diesen Verrat am Volke bei den nächsten allgemeinen Wahlen nicht ausbleiben wird.

Die nächsten Wahlen werden, wie ich hoffe, ein vernichtendes Urteil sein, nicht nur über die Finanzreform, sondern über das Treiben der Reaktion im Deutschen Reich überhaupt, über das Treiben derjenigen Parteien, die anscheinend für direkte Steuern sich erklären, sich aber damit zufrieden geben, daß mit einer halben Milliarde indirekter Steuern ein Loslauf durch eine Einkommensteuer von 50 bis 60 Millionen Löhnen sollte, von den Parteien, die jede direkte Steuer bekämpft haben, wie Zentrum und Konservative, gar nicht zu sprechen.

Parteigenossen, unsere Aufgabe, die wir auch von diesem Parteitage mitnehmen, ist die Organisation, die Agitation, die Propagierung unserer Ziele, unserer Forderungen. Wir müssen die indifferenten Massen aufklären, wir müssen sie belehren, indem wir ihnen klarmachen, welche Ziele die Sozialdemokratie verfolgt, um die Verbrechen, die die kapitalistische Gesellschaft an dem Proletariat begeht, unmöglich zu machen. Wir müssen sie dadurch veranlassen, sich unseren Reihen anzuschließen und die große sozialdemokratische Armee in Deutschland zu verstärken. Dazu muß agitiert werden, dazu muß vor allen Dingen auch organisiert werden, dazu müssen alle Kräfte angespannt werden, die wir zur Verfügung haben. Vor allem muß in unserer Literatur nach dieser Richtung gearbeitet werden. Unsere Presse muß noch tätiger als bisher auf diesem Gebiete wirken. Aber, Genossen, lassen Sie es mich auch hier auf diesem Parteitag aussprechen, die Arbeiter und unsere Genossen, sie haben auch Pflichten nach dieser Richtung zu erfüllen. Die Aufgabe der Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Presseorgane, die sogenannten Generalanzeiger, die sogenannten farblosen Blätter, daß mit einem Worte die gegenrätische Presse aus jedem Arbeiterhaus herauskommt (Lebhafter Beifall), daß die Arbeiterfamilie daran gewöhnt wird, die sozialistische Presse zu lesen, daß der Kampf, den wir gegen die bürgerliche Presse führen, nicht dadurch zum Teil lahmgelegt wird, daß die bürgerliche Presse in unseren eigenen Reihen Leser findet. Und wenn auch vielleicht das eine oder das andere Parteiorgan, weil es noch nicht so reichlich über alles verfügen kann, noch manchen Mangel aufweist, so sollten die Parteigenossen dadurch, daß sie in immer stärkerer Zahl in die Reihen der Leser unserer Organe eintreten, selbst dafür sorgen, daß diesen Mängeln abgeholfen wird. Je mehr die Parteipresse verbreitet wird, desto mehr wird sie imstande sein, allen Ansprüchen zu genügen. (Sehr richtig!)

Parteigenossen, ich will Sie nicht länger aufhalten. Ich möchte, alles zusammenfassend, Ihnen ans Herz legen, unablässig bemüht zu sein für die Propagierung unseres Programms, für die Propagierung unserer Ziele, unablässig bemüht zu sein dafür, daß die Forderungen, die wir an den Gegenwartskampf stellen, in immer höherem Maße Gemeingut der Arbeiterklasse werden. (Bravo!)

Wir haben die Aufgabe für die kommenden Kämpfe, bei denen schwierigere und umfassendere Arbeit zu leisten ist, die Herzen und die Köpfe der Arbeiterklasse zu revolutionieren, um sie reif zu machen für den eigentlichen Kampf, für unser Endziel.

An Arbeit, Genossen, wird es uns nicht fehlen. Die sächsischen Genossen stehen vor einer Wahl unter dem niederträchtigsten Wahlrecht, das man sich denken kann, unter einem Wahlgesetz, das konkurrieren kann mit dem preußischen Dreiklassenwahlssystem. (Sehr wahr!) Ich habe die Ueberzeugung, daß unsere sächsischen Genossen alles aufbieten werden, um auch bei diesem Gesetz nach Möglichkeit in den sächsischen Landtag einzubringen, um dort von der Tribüne des Landtags herab den Kampf für die Sozialdemokratie fortsetzen zu können. Auch in anderen Einzelstaaten stehen Wahlen bevor, in Preußen, dem größten und neben Sachsen reaktionärsten Bundesstaat, haben wir den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu führen.

Lassen Sie auch diesen Parteitag ein Ansporn dafür sein, daß der Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlssystem fortgesetzt wird mit aller Energie, mit Aufwendung aller Mittel, die uns zu Gebote stehen, um seine Beseitigung herbeizuführen. Und wenn uns das

vielleicht nicht gelingt, dann müssen die Demonstrationen für die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems in Preußen einen Umfang und eine Schärfe annehmen, daß wenigstens den Gewalthabern in Preußen vor Augen geführt wird, wie die breiten Massen des Volkes über die schändliche Politik denken und fühlen, die unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlsystems möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das sind die Aufgaben, die wir in der nächsten Zeit zu erfüllen haben. Wir gehen an diese Aufgaben eingedenk eines Wortes unseres unbergeklärten Meisters und Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht: Immer in der Offensive, niemals in der Defensibe. (Lebhafte Beifall.) Das ist die Mahnung, das ist der Wunsch, den ich Ihnen mitgebe. Sorgen Sie dafür, daß diese Auffassung im Lande zur Geltung kommt und lassen Sie uns unsere Arbeiten schließen, indem wir getreu unserem alten Brauch das aussprechen, für das wir leben, für das wir kämpfen: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarzelliedes.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1½ Uhr.

Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Anträge.

Jugendbewegung.

Der Parteitag fordert die Genossen auf, mit größerer Energie und lebhafte Eifer als bisher für die Jugendbewegung tätig zu sein, auch mehr Mittel dafür flüssig zu machen. (Antrag 12, Absatz 1.)

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Reichstagswahlkreise so oft als irgend angängig einzubringen. Bei Reichstagswahlen ist bei Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten demselben mit zur Pflicht zu machen, für diese unsere Forderung einzutreten. Im Falle seiner Weigerung ist ihm von der Parteileitung unsere Unterstützung zu versagen. (Antrag 30.)

Dreijährige Legislaturperioden.

Der Parteitag wolle beschließen, unsere Fraktion im Reichstage zu beauftragen, einen Antrag einzubringen, in welchem die Herabsetzung der fünfjährigen Legislaturperiode auf die ursprünglich dreijährige gefordert wird. (Antrag 31.)

Deutsche Staatsangehörigkeit für Ausländer.

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage dahin zu wirken, daß den Ausländern die Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit leichter gemacht wird als bisher. (Antrag 34.)

Maisfeier-Vereinbarung.

Zur Vorbereitung der Maisfeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteioorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maisfeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Zur Unterstützung der Aussperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die